Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4891**

17. Wahlperiode 23. 02. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Petra Crone, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/2343 –

Moderne verbraucherbezogene Forschung ausbauen – Tatsächliche Auswirkungen gesetzlicher Regelungen auf Verbraucher prüfen

A. Problem

Aus Sicht der Fraktion der SPD kommt Verbraucherinnen und Verbrauchern im Marktgeschehen eine zentrale Rolle zu. In einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist eine starke und selbstbestimmte Nachfrageseite unerlässlich. Bisher ging die Verbraucherpolitik mit dem Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ davon aus, dass der Verbraucher sich im Sinne eines Homo oeconomicus als rationaler Akteur eines perfekten Marktes verhält. Die moderne verbraucherbezogene Forschung hat jedoch aus Sicht der Antragsteller gezeigt, dass das tatsächliche Verhalten des Verbrauchers diesem idealtypischen Modell des „mündigen Verbrauchers“ nicht entspricht. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/2343 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, ein Gesamtkonzept zum Ausbau der modernen verbraucherbezogenen Forschung in Deutschland vorzulegen. Das Gesamtkonzept soll unter anderem eine Bestandsaufnahme und Strategie zur Vernetzung der bestehenden verbraucherbezogenen Forschung in Deutschland und deren internationale Integration umfassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/2343.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/2343 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2011

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Alois Gerig
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Erik Schweickert, Caren Lay und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/2343** wurde in der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Oktober 2010 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung überwiesen und dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss sowie dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Fraktion der SPD kommt Verbraucherinnen und Verbrauchern im Marktgeschehen eine zentrale Rolle zu. In einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist eine starke und selbstbestimmte Nachfrageseite unerlässlich. Bisher ging die Verbraucherpolitik mit dem Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ davon aus, dass der Verbraucher sich im Sinne eines Homo oeconomicus als rationaler Akteur eines perfekten Marktes verhält. Die moderne verbraucherbezogene Forschung hat jedoch aus Sicht der Antragsteller gezeigt, dass das tatsächliche Verhalten des Verbrauchers diesem idealtypischen Modell des „mündigen Verbrauchers“ nicht entspricht.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/2343 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, unverzüglich ein Gesamtkonzept zum Ausbau der modernen verbraucherbezogenen Forschung vorzulegen, das unter anderem folgende Elemente umfassen soll:

- eine Bestandsaufnahme und Strategie zur Vernetzung der bestehenden verbraucherbezogenen Forschung in Deutschland und deren internationale Integration;
- einen Vorschlag zum Aufbau einer interdisziplinären Forschungseinrichtung Verbraucherforschung und -politik, der die Bildung eines Kompetenzclusters beinhaltet und die Einrichtung einer ökonomisch ausgerichteten, zeitlich befristeten Stiftungsprofessur für Verbraucherforschung umfasst;
- einen Vorschlag für den Aufbau eines Internetportals für den Austausch von verbraucherbezogenen Forschungsergebnissen;
- ein Konzept zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und zum Ausbau von Forschungskapazitäten;
- die Entwicklung eines Instruments zur Erhebung von repräsentativen, auf das Verhalten von Verbrauchern bezogenen Daten, das unter anderem Längsschnittanalysen und Paneluntersuchungen erlaubt und gegebenenfalls auch Informationen über Beschwerden, die von den Verbraucherzentralen erfasst werden, berücksichtigt;
- eine Bestandsaufnahme über die Forschungsförderungspraxis des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in den Bereichen „Innovationsförderung“ und „Modell- und Demonstrationsvorhaben“ und ein Konzept darüber, ob und wie diese Mittel auch für die verbraucherbezogene Forschung verwendet werden können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/2343 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung zudem aufgefordert werden, unverzüglich ein Konzept für einen „Verbraucher-Check“ von Gesetzentwürfen vorzulegen, der die Auswirkungen von Regulierungsvorschlägen auf Verbraucher systematisch im Rahmen einer Gesetzesfolgenabschätzung prüft. Dabei sind prospektive, begleitende und retrospektive Techniken der Gesetzesfolgenabschätzungen mit einzubeziehen. Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden, kurzfristig aktuelle Gesetzgebungsvorschläge wie die geplanten Beipackzettel für Finanzprodukte hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit und Verständlichkeit empirisch zu evaluieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 24. Sitzung am 27. Oktober 2010 den Antrag auf Drucksache 17/2343 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2343 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 27. Oktober 2010 den Antrag auf Drucksache 17/2343 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2343 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 den Antrag auf Drucksache 17/2343 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2343 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/2343 durchgeführt.

Folgende Sachverständige sowie Einzelsachverständige hatten Gelegenheit zur Stellungnahme:

Sachverständige

- Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv)

Einzelsachverständige

- Prof. Dr. Christoph Fasel
- Kornelia Hagen
- PD Dr. Wolfram Lamping
- Prof. Dr. Lucia Reisch
- Prof. Dr. Jutta Roosen
- Andreas Zahn

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen und Einzelsachverständigen – Ausschussdrucksachen 17(10)350-A, 17(10)350-B, 17(10)350-C, 17(10)350-D, 17(10)350-E, 17(10)350-F sowie 17(10)350-G als auch das Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung vom 19. Januar 2011 sind der Öffentlichkeit über die Webseite des Deutschen Bundestages www.bundestag.de zugänglich.

2. Abschließende Beratung

In seiner 30. Sitzung am 26. Januar 2011 hat der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/2343 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass es grundsätzlich sinnvoll sei, für den Verbraucherschutz und die verbraucherbezogene Forschung finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Es müsse dabei aber darauf geachtet werden, das Geld sinnvoll zu verwenden und die Verbraucherschutzforschung effizient zu gestalten. Die öffentliche Anhörung des Ausschusses am 19. Januar 2011 habe deutlich gemacht, dass es bereits viel Forschungskompetenz auf diesem Gebiet gebe. Zunächst sei daher zu analysieren, ob wirklich eine Forschungslücke in der verbraucherbezogenen Forschung existiere. Es sei zu begrüßen, dass die Bundesregierung zunächst die vorhandenen Forschungsstrukturen zu sondieren beabsichtige. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei keine weitere Professur notwendig. Die Fraktion der CDU/CDU lehne vor diesem Hintergrund den Antrag auf Drucksache 17/2343 ab.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, die öffentliche Anhörung habe ihre Position in vollem Umfang bestärkt. Die geladenen Sach- und Einzelsachverständigen hätten in ihren Ausführungen die Forderung nach Stärkung der verbraucherbezogenen Forschung unterstützt, das von der Fraktion der SPD geforderte Gesamtkonzept zum Ausbau der modernen verbraucherbezogenen Forschung in Deutschland sei notwendig. Die Verbraucherpolitik müsse die Menschen in ihrem Alltag abholen und sich stärker an den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher ausrichten, dazu sei empirisches Wissen unabdingbar. Das Stichwort heiße in diesem Zusammenhang Verbraucherverhaltensökonomik. Zudem sei ein Konzept für einen „Verbraucher-Check“ von Gesetzentwürfen notwendig. Das gewonnene Wissen müsse auch in die Erarbeitung von Gesetzen einfließen, bestehende Regelungen müssten darauf überprüft werden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die öffentliche Anhörung habe gezeigt, wo es prinzipiell im Bereich der verbraucherbezogenen Forschung fehle. Wichtig sei, Verbraucherthemen nicht aus dem Bauch heraus aufzugreifen, sondern auf der Grundlage eines Verbrauchermonitorings. Durch diese Form der Evidenzbasierung könnten von der Politik die Themen aufgegriffen werden, welche die Verbraucher prioritär bewegen. Die Verbraucherpolitik solle sich nicht selbst mit unerfüllbaren Forderungen lächerlich machen und Probleme thematisieren, die in Wirklichkeit keine seien. Für die Fraktion der FDP sei Verbraucherpolitik keine Sozialpolitik. Der Antrag der Fraktion der SPD sei ein unsystematischer Diskussionsbeitrag und als solcher unbrauchbar. So seien beispielweise die Themen „Verbraucher-Check von Gesetzentwürfen“ und „Beipackzettel für Finanzprodukte“ etwas anderes als das Thema „Verbraucherforschung“. Die Fraktion der FDP werde den Antrag der Fraktion der SPD in der vorliegenden Form ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, dass die Forderung der Fraktion der SPD für eine moderne verbraucherbezogene Forschung geteilt werde. Gesetze und ihre Auswirkungen müssten aus Verbrauchersicht überprüft werden. In der öffentlichen Anhörung sei deutlich geworden, dass interdisziplinäre Forschungseinrichtungen sinnvoll seien. Es sei aber auch wichtig, die Verbände mit einzubeziehen, da dort viele beachtliche Informationen zusammenliefen. Das Land Berlin habe unter der Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Katrin Lompscher einen Verbrauchermonitor eingeführt, der Handlungsbedarfe aus Verbrauchersicht untersuche und Auswirkungen der Gesetze überprüfe. Die Fraktion DIE LINKE. halte es für sinnvoll, dies auch auf Bundesebene zu befördern. Der Sachverständige PD Dr. Wolfram Lamping habe in der öffentlichen Anhörung betont, dass es sehr wichtig sei, zielgruppenorientiert vorzugehen. Vor diesem Hintergrund werde die Fraktion DIE LINKE. den Antrag der Fraktion der SPD unterstützen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass Verbraucherpolitik und Verbraucherforschung auch viele soziale Gesichtspunkte habe. Daher begrüße sie den Antrag der Fraktion der SPD und die darin aufgegriffenen Themen. Die Bundesregierung verschwende viel Geld für die so genannte Bioökonomieforschung – hauptsächlich im Bereich der Agrogentechnik, die keiner bräuchte und keiner wolle – und setze falsche Prioritäten. Die Bundesregierung habe angekündigt, noch im laufenden Jahr ein Konzept zur Stärkung der Forschung im Verbraucherbereich vorzulegen, man nehme die Bundesregierung nun beim Wort. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lege großen Wert darauf, die Eckpunkte zur strukturellen, personellen und finanziellen Ausstattung der Verbraucherforschung und die geplanten Maßnahmen rechtzeitig von der Bundesregierung vorgelegt zu bekommen. Dem Antrag der Fraktion der SPD werde zugestimmt.

Als Ergebnis der Beratungen empfiehlt der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** dem Deutschen Bundestag:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2343 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 26. Januar 2011

Alois Gerig
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333